Umfrage

Allianzen
alte Bundesrepublik
altern
Antisemitismusdefinition
B1
barrierefrei
Beziehungsanbahnung
Bruderland
citizenship
Dauerleihgabe
eckiger Tisch
Eigenheim
einsam
Einzugsgebiet
Engagement
erben
gesundheitliche Versorgungsstrukturen
gleichwertige Lebensverhältnisse
Grundsicherung
intersektional
Kneipe
Ko-
Kohleausstieg
Labor
Manifest
mehrsprachig
Mindestlohn
Mitte-Studie
moralisieren
Nebenklage
obdachlos
Plattformökonomie
politische Bildung
Privileg
Racial Profiling
repräsentativ
Schulbuch
Seenotrettung
soziale Mischung
soziale Reproduktion
streiten
Suchbarkeit
Tierwohl
trans
Umfrage

© 2025 Christopher Möllmann, Publikation: Wallstein Verlag
DOI https://doi.org/10.46500/83535697-045 | CC BY 4.0
Literaturangaben zum Beitrag unter https://doi.org/10.46500/83535697-lit2

Christopher Möllmann

Kann man Zusammenhalt sehen?

Gesellschaftliche Beziehungen sind im Alltag schwer zu fassen. Wer durch eine größere Stadt streift, begegnet Menschen, in manchen Vierteln vielen, zufrieden wirkenden. Welche Art von Beziehungen sie zueinander unterhalten, ob sie in ihrer Wohlgestimmtheit ein übergreifendes Zusammen empfinden – es lässt sich für den Moment kaum registrieren. Am Wochenende eine Personengruppe beim Rasenmähen und Unkrautjäten auf einem Dorfanger zu entdecken, kann neugierig machen auf die Weise ihres Zusammentuns. Es liegt nahe, eine abgestimmte Aktion zu unterstellen, eine vorherige Absprache auf einer Versammlung oder die Existenz eines eigens gegründeten Komitees für Dorfverschönerung zu vermuten. Ob in der gelebten Praxis aber eine reine Interessenbeziehung zutage tritt oder, wie es das Klischee einer dörflichen Gemeinschaft will, auch irgendetwas Tieferliegendes und Gefühliges wie Brauchtum, Nähe oder Miteinander zum Vorschein kommt, ist kaum zu sehen und schwer zu sagen.

Wen diese Spekulationen über den Moment hinaus umtreiben, könnte innehalten und sich auf einen Platz setzen, um städtische Stimmen und Stimmungen auf sich wirken zu lassen; oder, im anderen Fall, an den dörflichen Mähtrupp herantreten, um sein Zusammenwirken genauer zu betrachten und einige Worte zu wechseln. Spontane Erkundungen dieser Art verhelfen mitunter zu Einsichten über Lebenswirklichkeiten der Gegenwart. Als Alltagsimpressionen liefern sie Material für Anekdoten und, etwas in Form gebracht, fürs Feuilleton. Ein in die Jahre gekommenes queeres Viertel erweist sich auf Nachfrage womöglich als exklusiver, als die schmuddeligen Outfits und der vergilbte Putz erahnen lassen. Eine Dorfbevölkerung aus Architektinnen, Lehrern und Facharbeiter*innen zeigt bei näherer Betrachtung mehr Kalkül, als falsche Dorfromantik lehrt. Schönheit im Öffentlichen ist schließlich wertsteigernd im Privaten.

Und was, wenn sich das Dorf über diese Aktion schwer verkracht hat? Einige Bewohner*innen waren für das Anlegen einer Naturwiese eingetreten. Andere hatten sich nicht von ihrem Standpunkt abbringen lassen, öffentliche Flächen seien von dazu berufenem Personal zu pflegen. Dieses aber sei aus öffentlichen Mitteln einzustellen oder wenigstens zu beauftragen. Basta. Die gesprächige Gruppe der Jätenden rekrutierte sich aus ›zivilgesellschaftlich Engagierten‹. Die anderen, nennen wir sie ohne Anspruch auf kategoriale Trennschärfe ›Sozial-ökologisch-Transformationsbereite‹ und ›Etatist*innen‹, sie saßen aus prinzipiellen Gründen im heimischen Garten oder auf der Klausur einer Initiative, die für eine umfassende Renaissance staatlicher Daseinsvorsorge eintritt. Der idyllische Eindruck täuschte. Man hat, statt Zusammenhalt in Aktion, ein Sinnbild lokaler Spaltung vor sich gesehen.

Aber wer kann sich schon die Muße gönnen, durch Stadtviertel zu flanieren, ihren Beziehungsgeflechten auf der Spur, die sich selten vordergründig abzeichnen. Wer radelt durch Dörfer, um Zerwürfnisse zu inspizieren? Zügiger lassen sich gesellschaftliche Beziehungen der Gegenwart im Internet betrachten. Die digitalisierte Bildsprache gesellschaftlichen Zusammenhalts – dies zu realisieren, kostet kaum Recherche – wird von neben-, an- und ineinandergelegten Händen dominiert: von kleinen und großen, von glatten und runzeligen, von mehr oder weniger sommersprossigen; von augenfällig vielfältigen jedenfalls. Sie zieren Webseiten, Plakate, Broschüren. Diese Ikonographie nimmt den Zusammenhalt beim Wort. Sie verrät viel über seine ideologische Schlagseite. Er neigt sich hin zur scheinbaren Unmittelbarkeit und Wünschbarkeit sozialer Nähe. Diese rückt auf Kosten abstrakter, vermittelter gesellschaftlicher Zusammenhänge ins Rampenlicht. Einander berührende Hände stehen gemeinhin für Verbindlichkeit und Vertrauen; sie gemahnen an Solidarität und Versöhnung. Als allegorische Verkörperungen von Zusammenhalt verwendet, scheinen sie fast schon von Einfallsarmut zu zeugen.

Keineswegs: Die Motivwahl ist aufschlussreich, denn unbeabsichtigt liefert sie eine düstere Kehrseite von ›Zusammenhalten‹ gleich mit. Kultur- und literaturgeschichtlich wohnt diesen Händen ein tiefer Zwiespalt inne (vgl. Möllmann 2021). Ihnen wird, zumal in der ästhetischen Moderne, ein ausschweifendes Eigenleben nachgesagt. Hände neigen zu Aufsässigkeit. Sie entziehen sich absichtsvoller Steuerung. Diese Widerspenstigkeit lässt sich nur durch Repression bis hin zu Gewalt bezwingen. So besehen ist ihre unterstellte Verbindlichkeit teuer erkauft, allenfalls Ergebnis vorgelagerter Zügelung. Die ikonographische Geste verdoppelt sich, und der ›Zusammenhalt‹ zeigt seine Zweideutigkeit. Unter der populären Vision gut gelaunten Gelingens lugt eine Grimasse von Zurichtung und Vereinheitlichung wider Willen hervor.

Auch das Titelblatt einer Publikation der Bertelsmann Stiftung *Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020. Eine Herausforderung für uns alle. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsstudie* bedient sich dieser, es kann kaum genug betont werden: allgegenwärtigen Bildkonvention (Follmer/Brand et al. 2020). Verschiedenartige Hände halten ein kreisförmiges Brennglas, das zugleich an ein Rettungstuch für haltlos Stürzende erinnert, über eine Szene straßenquerender Menschen. Diese gewinnt in der Draufsicht an Bildschärfe und Kontur gegenüber ihrer Umgebung. Das Studieninnere lässt »gesellschaftlichen Zusammenhalt« in abermals gewandelter Gestalt ins Gesichtsfeld treten. Nun blättern sich vor den Augen der Betrachtenden die Bildwelten von Umfragen und ihren Ergebnissen auf, samt Kommentaren und Resümees in Textform. In ihrer Ästhetik und Argumentation, die von Presse und anderen Medien gerne aufgegriffen wird, strukturieren solche Berichte die gesellschaftliche Phantasie der Gegenwart von Grund auf mit. Bezogen auf das noch recht junge Phänomen »gesellschaftlicher Zusammenhalt« dürfte selbst der scheinbar unbedarfte Gebrauch einer bis ins Alltagsleben hinein wirksamen Kategorie wie »Stadtviertel« oder die Stegreifbildung von Gruppenidentitäten wie »zivilgesellschaftlich Engagierte« den schraffierten Karten und Milieukästchen, den tabellierten Zahlenreihen, Graphen und Diagrammen, in denen sich die Hypothesen und Resultate von Umfragen darbieten, viel zu verdanken haben.

Häufig verwendete Redeweisen wie »eine Umfrage zeige«, »einer Umfrage zufolge« oder »laut einer Umfrage« verheißen empirische Letztinstanzlichkeit, die mit dieser Wissensform in weiten Kreisen verbunden wird. Die Frage, ob die Gegenwartsgesellschaft ›zusammenhalte‹ respektive ob sie ›gespalten‹ sei und wie sich ein Wahrnehmen von eher Zusammenhalt, eher Spaltung auf unterschiedliche Bevölkerungssegmente verteile, lasse sich unter Rekurs auf Ergebnisse entsprechender Befragungen oder – fachsprachlich verbreiteter – ›Surveys‹ repräsentativ beantworten und anschaulich vermitteln. So entspricht es dem Selbstverständnis der Umfrageinstitute, so dem ihrer Auftraggeber*innen und Ausleger*innen, so der Erwartung weiter Rezeptionskreise.

Doch deutet eine seit einiger Zeit geführte Debatte um den Anspruch von Umfragen, »repräsentativ« zu sein, darauf hin, dass sie auch in einer breiteren Öffentlichkeit jenseits engerer Fachzirkel kritisch beäugt werden (vgl. zu letzteren Schnell 2018; Kohler/Post 2023). So brachte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 9. Juni 2024 einen terminologisch anspruchsvollen Beitrag mit dem Titel »Von wegen Volkes Stimme«, in dem Hinnerk Feldwisch-Drentrup widerstreitende Urteile aus Forschung und Instituten zur Qualität von Umfragen zu Wort kommen lässt und über die Fallstricke ihrer »Repräsentativität« berichtet. Bei einer nach Geschlecht und Alter quotierten Stichprobe sei beispielsweise nicht sichergestellt, dass sie hinsichtlich anderer Merkmale, etwa der Sympathie für bestimmte Parteien, ebenfalls die Verteilung in der Gesamtbevölkerung abbilde. Dann sei Vorsicht geboten, und die Selbstbezeichnung als »repräsentativ«, die als Gütesiegel beansprucht werde, bei genauerer Betrachtung nicht haltbar.

Berichte in Zeitungen oder auf Nachrichtenportalen können dargebotenen Umfrage- bzw. Survey-Ergebnissen jedoch keine methodologischen Erörterungen beifügen, anders als wissenschaftliche Aufsätze es müssen. Kurze Verweise auf die Art ihres Zustandekommens und die Grenzen ihrer Aussagekraft sind mittlerweile aber verbreitet. Der Soziologe Raphael Vogel hat zudem aus einer konventions- und praxistheoretischen Perspektive vorgeschlagen, vier »Survey-Welten« samt verschiedenen Qualitätskriterien und Interaktionsformen zu unterscheiden; die akademische ist nur eine von ihnen (Vogel 2020). Was eine solche Debatte, was Maßnahmen zur sichtbaren ›Selbstrelativierung‹ von Umfrageresultaten, was soziologische Differenzierungsversuche bezeugen, ist ein stetiger öffentlicher Reflexivitätszuwachs im Umgang mit Umfragen und ihren Ergebnissen. Dennoch können sie aufwühlen; und wenn es um den »gesellschaftlichen Zusammenhalt«, um »Spaltung« und »Polarisierung« geht, ist in vielen Fällen genau das bezweckt.

Die »Umfrage« zwischen Metapher und Magie

Auch die Begriffsgeschichtsschreibung hat eine Geschichte. Und in der taucht die »Umfrage«, zunächst als »Wort«, vergleichsweise früh auf. Auf der vierten Tagung der Senatskommission für Begriffsgeschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), die sich vom 5. bis zum 7. März 1962 in Heidelberg mit »Worte[n]

des Wissens« beschäftigte, sprach der Germanist Jost Trier laut Protokoll über die »Meinung« (vgl. Kranz 2011, S. 207). Seinen Beitrag zur Konferenzpublikation zwei Jahre später überschrieb er mit »Umfrage und Meinung« (Trier 1964). Themen- und Titelwahl passten ausgezeichnet in das zeitgenössische Diskursklima der alten Bundesrepublik. Beide Begriffe und ihr Zusammenhang waren damals auch in einer breiteren Öffentlichkeit präsent, einmal infolge der Gründung von gleich mehreren Instituten für Markt-, Meinungs- bzw. Umfrageforschung – etwa von Emnid, eine Abkürzung, die für »Erforschung der öffentlichen Meinung, Marktforschung, Nachrichten, Informationen und Dienstleistungen« steht, im Jahr 1945, des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) 1947 und des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft (ifas, später infas) ein Jahrzehnt später, im Jahr 1959 –, präsent ferner durch das regelmäßige Abhalten von Umfragen und Veröffentlichen ihrer Ergebnisse, aber auch durch günstige Gelegenheiten, sich über die Praxis und den Reflexionsstand zum Thema im noch jungen Taschenbuchformat zu informieren. Bereits ein Jahr vor Triers Aufsatz hatte Elisabeth Noelle, Gründerin des Allensbacher IfD, in der auflagenstarken Rowohlts deutsche Enzyklopädie mit dem Band *Umfragen in der Massengesellschaft* eine *Einführung in die Methoden der Demoskopie* vorgelegt; und im Jahr 1965 erschien in der ebenfalls auf Breitenwirksamkeit hin angelegten Reihe Bücher des Wissens der Fischer Bücherei eine überarbeitete Neuauflage von Gerhard Schmidtchens erstmals 1959 publizierter Darstellung *Die befragte Nation. Über den Einfluß der Meinungsforschung auf die Politik*. Schmidtchen war ebenfalls zeitweise am IfD beschäftigt, ab 1968 als Professor in Zürich tätig.

Auch ein Autor, der heutzutage eher im Ruf steht, ein gesellschaftstheoretisch bedingt distanziertes, wenn nicht abschätziges Verhältnis zur Markt- und Meinungs- wie auch zur empirischen Sozialforschung im engeren Sinne unterhalten zu haben, beteiligte sich an diesen Debatten. Theodor W. Adorno billigt manchen »empirisch-soziologischen Erhebungen kritische Funktionen« zu, ja, er sieht sogar den »echte[n] Sinn« von »empirischen Methoden« in ihrem »kritische[n] Impuls« (Adorno 1972 [1952], S. 481 f.). Ihm zufolge

wohne »selbst Marktanalysen mit umgrenzter Thematik etwas von diesem aufklärerischen, unideologischen Geist« inne, auf den sich auch seine eigene, wenn auch dialektisch nicht unbedarfte Verbundenheit gründe: »Diese objektive, in der Sache gelegene Beziehung zur Aufklärung, zur Auflösung blinder, dogmatischer, willkürlicher Thesen ist es, die mich als Philosophen mit der empirischen Sozialforschung verbindet.« (Ebd., S. 482 f.; vgl. Dormal 2021, S. 4) Sein Bekenntnis ergänzt Adorno um einen warnenden Hinweis, die Grenzen empirischer Sozialforschung betreffend und nicht von ungefähr in optischer Alternativmetaphorik zur ›Aufklärung‹ vorgetragen: Jene sei »kein Zauberspiegel [...], um die Zukunft zu erraten, keine wissenschaftlich solidere Astrologie« (ebd., S. 489). Über die Grenzen soziologischer und gesellschaftstheoretischer Schulen sowie ideologischer Lager hinweg hielt man in der Nachkriegszeit jedenfalls »viel von Umfragen und anderen Methoden der empirischen Forschung«, so resümiert Thomas Wagner in einem Buch zu den Beziehungen zwischen Adorno und dem rechtsintellektuellen Soziologen Arnold Gehlen: »Mit Hilfe von Fragebögen und ausgefeilten Interview- und Umfragetechniken versuchte man den Einstellungen der Mitbürger auf die Spur zu kommen.« (Wagner 2025, S. 66)

Aber noch einmal zurück zu dem Sprachwissenschaftler Jost Trier und seinem Beitrag zur DFG-Senatskommission aus dem Jahr 1962 bzw. 1964. In diesen wortgeschichtlichen Überlegungen hält er zum einen mit Verweis auf den antiken griechischen Geschichtsschreiber Herodot fest, es habe sich bei einer Umfrage ursprünglich um eine »Frage« gehandelt, »die an einen Kreis von Personen, in einer Versammlung, der Reihe nach gestellt wird, so dass jedes Mitglied, wenn die Reihe an ihn [sic!] kommt, seine Ansicht äußern oder seine Stimme abgeben kann« (Trier 1964, S. 190). Da dieses ›Umfragen‹ in einem ganz praktisch-anschaulichen Sinne an »die Kreisform gebunden« (ebd., S. 191) war, stellt Trier zum anderen einen Zusammenhang zum sogenannten »Reihendienst« im deutschen Sprachraum her, bei dem es sich um ein Verfahren gehandelt habe,

demzufolge »Ämter, Dienstleistungen oder andere Anforderungen« »in einer geschlossenen Gruppe von Genossen in einem vorbestimmten Umlauf von Mann zu Mann weitergegeben« worden seien (ebd., S. 192). Trier spricht in seinen etymologischen Überlegungen und Herleitungen, deren Überzeugungskraft hier nicht zu gewichten ist, in Bezug auf das soziale Substrat dieser mittelalterlichen Praxis auch von einem »Ring gleichberechtigter Genossen«; diese »ringförmig versammelte politische Gruppe« also, die »*Gemeine, Gemeinde, communitas*«, ließe sich demgemäß, folgt man Triers Ausführungen, als kreisförmig nach außen abgeschlossene, operative Kollektiveinheit von Umfrage und Meinung gleichermaßen begreifen (ebd.; Herv. i. Orig.). Im Begriff der »Umfrage« wäre etymologisch demnach ein konstitutiver Gemeinschaftsbezug mitgegeben; gestaltlich wäre eine vorgängige, Triers Beitrag aus den frühen 1960er Jahren zufolge sogar umzäunte Kreisanordnung der zu Befragenden unterstellt (vgl. ebd.).

Beinahe zeitgleich ist auch ein früher, in erweiterter Version mittlerweile kanonisierter soziologiehistorischer Beitrag zur empirischen Sozialforschung entstanden. Sein Verfasser Heinz Maus, zu dieser Zeit Professor für Soziologie in Marburg, ruft darin europäische Traditionen einer »Vorgeschichte der empirischen Sozialforschung« in Erinnerung und liefert Material, um ihre damals dominierende Charakterisierung als ›neu‹ und ›amerikanisch‹ zu relativieren (vgl. Maus 2018 [1973], S. 697–700). Maus verweist z. B. auf frühneuzeitliche Theorieentwürfe und Praktiken wie die englische politische Arithmetik sowie die deutschsprachige Kameralistik und Statistik, für das 19. Jahrhundert liefert er neben anderem knappe Einblicke in die belgische und französische Moral- und Sozialstatistik, in englische Erhebungen über Fabrikarbeiter, aber auch in die Enqueten, also die umfassenden Untersuchungen über »soziale Verhältnisse«, die der 1873 in Berlin gegründete Verein für Socialpolitik durchführte (vgl. ebd., S. 701–710). Wenn im Verlaufe dieser die Industrialisierung begleitenden Wissenspraktiken über die Inaugenscheinnahme hinaus auch Befragungen erfolgten – dies vor allem, um die Lage von Armen, von Land- oder Fabrikarbeitern zu erfassen –, dann zunächst vorwiegend solche, die sich an Verwaltungspersonal, an Gutsbesitzer und andere Mittelspersonen richteten, nicht an die von der ›sozialen Frage‹ vordringlich Betroffenen selbst.

Bezogen auf eine Enquete des Vereins für Socialpolitik »über die Lage der Landarbeiter in Deutschland« von 1890/91 veranlasste diese Vorgehensweise den mit ihrer Auswertung betrauten Soziologen Max Weber im Folgejahr zu der Diagnose, »daß in ihr die Angaben und Auffassungen der Arbeitgeber allein zum Ausdruck gelangen« und die Rückläufe beantworteter Fragebögen demzufolge »ein ziemlich deutliches Bild der Auffassung« böten, »welche die Arbeitgeber über die beiderseitigen Interessen und über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der verschiedenen denkbaren Gestaltungen des Arbeitsverhältnisses sich gebildet haben […]« (zit. n. Heckmann 1979, S. 53). Die Dominanz einer solchen Perspektive ›von oben‹ hatte Karl Marx schon rund zehn Jahre zuvor mit seiner »Enquête Ouvrière«, einer Arbeiterbefragung, überwinden wollen, deren Fragebogen ebenfalls überliefert ist (vgl. Maus 2018 [1973], S. 711). Anders als die philanthropisch geprägten bisherigen französischen Erhebungen, die das soziale Elend allenfalls zu erfassen und zum Erhalt des gesellschaftlichen Status quo einzudämmen trachteten, zielten die an die Arbeiter selbst gerichteten Marx'schen Fragen auf deren Erkenntnisbildung und »politische Aktivierung« oder – in Marx' eigener Begriffswahl – auf »gesellschaftliche Erneuerung« (Weiss 1966 [1936], S. 126 bzw. S. 133 und S. 140). Es sollte nicht mehr nur darum gehen, Verhältnisse sichtbar zu machen, indem mehr oder weniger außenstehende Beobachter zum Beantworten von Fragen gebracht werden; es sollte darum gehen, den von den Verhältnissen unmittelbar Betroffenen zu mehr Artikulations- und Handlungsmacht zu verhelfen.

Maus rückt mit Bedacht das Wort »Vorgeschichte« in den Titel seines noch immer lesenswerten ideengeschichtlichen Überblicks. Unabhängig davon, ob man die Erzählung eines kontinuierlichen Fortschritts empirischer Verfahrensweisen der Sozial- oder Gesellschaftsbeschreibung favorisiert (und dabei Anachronismen in Kauf nimmt) oder ein Narrativ der Abfolge epistemischer Zäsuren für überzeugender hält, steht außer Frage: Für die Zeit um 1900 ist ein auch in der Geschichte der Umfrage einschneidender Wandel zu verzeichnen. Entsprechend oft wurde er erzählt, entsprechend berühmt sind seine als maßgeblich ausgemachten Protagonisten wie Anders Nicolai Kiær, Jerzy Neyman, George Gallup und Rensis

Likert (vgl. mit Literaturhinweisen Griessl 2023, S. 39–43 bzw. S. 48 f.). Die »statistische Idee der Stichprobenziehung« zog in die Sozialforschung ein und bestimmte fortan über die »epistemische Autorität« von Umfragen (ebd., S. 42 und S. 45). Ab Mitte des 20. Jahrhunderts lässt sich hierbei ein »Primat zufallsbasierter Verfahren« zur Auswahl zu Befragender feststellen; es wurde »zum Goldstandard erhoben« (ebd.).

Gemessen daran musste sich die u. a. auf Selbstrekrutierung basierende Auswahlpraxis Alfred Charles Kinseys, die er für seine beiden in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren entstandenen *Reports* zum sexuellen Verhalten der Amerikaner*innen nutzte, sogleich kritische Fragen zu ihrer »Repräsentativität« gefallen lassen (vgl. Igo 2007, S. 252 f.). Das tat dem enormen gesellschaftlichen Einfluss der *Kinsey-Reports* allerdings keinen Abbruch. Sie weiteten auf anschauliche Weise das Spektrum sexueller Normalität und, wichtiger noch, ermöglichten es Einzelnen, in den »Statistiken eine neue Art von Verbundenheit, eine neue Weise der Zugehörigkeit« zu entdecken (ebd., S. 278; Übers. d. Verf.). Sarah E. Igo spricht in ihrer Wissens- und Gesellschaftsgeschichte amerikanischer Surveys, die auch beinahe zwanzig Jahre nach ihrem Erscheinen den unübertroffenen historiographischen State of the Art markiert, daher auch von einer »Magie der Sozialstatistik«, die es vermochte, dass »Zahlen über Unbekannte persönlich bedeutsam wurden« und »eine Gemeinschaft nicht aus Nachbarn, sondern des Wissens Gestalt annahm« (ebd., S. 267; Übers. d. Verf.).

Die performative Dimension

Umfragen vollziehen sich als soziale Praktiken unweigerlich in Gesellschaft. Auch wenn sie diese selbst zu ihrem Gegenstand machen, sind sie ihrerseits auf gesellschaftliche Strukturen angewiesen. Dazu zählt ein Bildungssystem, das es erlaubt, hinreichende Fachkenntnisse zu erwerben, um methodisch anspruchsvolle Surveys zu entwerfen, abzuhalten, auszuwerten und zu deuten oder um ein neuartiges Online-Tool zu entwickeln und zu programmieren. Umfragen durchzuführen, kostet zudem Geld, und zwar manchmal viel davon, etwa wenn Zufallsstichproben gezogen werden oder Präsenzinterviews zum Einsatz kommen. Dass mit Umfragen umgekehrt Geld verdient werden kann, zeugt von der Existenz eines Marktes für

Informationen, auf dem Anbietende und Nachfragende interagieren können. Intakte technische und administrative Infrastrukturen sind ebenfalls unerlässlich, früher z. B. Festnetztelefonie mit entsprechenden Nummernverzeichnissen, heutzutage verlässliche Internetverbindungen und Verschlüsselungstechniken bei Online-Umfragen. Zu diesen Voraussetzungen, die Umfragen selbst *in actu* nicht hervorbringen können, gehören auch Regelwerke, die weitgehend friktionslose Kooperationen zwischen verschiedenen Institutionen und Organisationen erlauben, etwa zwischen Ministerien, Projektträgern, Stiftungen, Forschungsgruppen und Umfrageinstituten (vgl. Schnell 2012; Vogel 2020).

Eine angesichts dessen naheliegende Feststellung wie die, dass Umfragen, die sich dem gesellschaftlichen Zusammenhalt widmen, allein schon aufgrund ihrer Existenz ein Anzeichen dafür seien, es könne so schlecht um ihn nicht bestellt sein, ist also weniger kurzschlüssig, als sie klingen mag. Gewiss, es würde ein sehr ›schwaches‹ oder ›dünnes‹ Verständnis von Zusammenhalt ausdrücken, wollte man behaupten, eine Gesellschaft, die so voraussetzungsreiche und elaborierte Sozialgebilde wie Umfragen zum Ausmaß ihres Zusammenhalts ermöglicht, halte auch zusammen. Aber immerhin handelt es sich dann um eine Gesellschaft, die nicht nur die nötigen Ressourcen für ein solches Unterfangen bereitstellt, sondern auch genug Bereitschaft zeigt, die Güte durch sie ermöglichter Beziehungen, die Lebenszufriedenheit Einzelner oder das Vertrauen in ihre Institutionen zu vermessen (statt sich darauf zu beschränken, in Erfahrung zu bringen, welche Kartoffelsorte Befragte bevorzugen oder welcher Partei sie bei anstehenden Wahlen ihre Stimme geben würden). Wenn also vielleicht nicht als Indiz für Zusammenhalt in einem ›stärkeren‹ oder ›dichteren‹ Sinne, der auch affektive und wertbezogene Dimensionen umfassen würde, so lassen sich Umfragen mit Fug und Recht als Faktor und Agens gesellschaftlichen Zusammenhalts begreifen; und das gilt gerade dann, wenn sie im Verbund mit anderen Erhebungsmethoden wie z. B. Fokusgruppengesprächen zu dem Ergebnis kommen, die Gesellschaft sei gespalten bzw. werde in beunruhigendem Maße als gespalten wahrgenommen und es seien umgehend Schritte zu ergreifen, ihren Zusammenhalt zu stärken bzw. das Spaltungsempfinden zu mildern.

»Zusammenhalt« ist mithin nicht nur Gegenstand von Umfragen; als gesellschaftliche Praxis haben sie Anteil an seinem Vollzug. Vier Beispiele für diese performative Beziehung von Zusammenhalten und Umfragen können dies veranschaulichen. Gleich das chronologisch erste, in dem es um einen dem Anspruch nach unbefangenen Blick auf das ›Kraftfeld‹ des gesellschaftlichen Zusammenhalts geht, mag überraschen. Die Tonalität, in der hier über Zusammenhalt nachgedacht wird, entspricht so gar nicht der Grundhaltung der jüngsten Gegenwart. Besonders in der Einleitung zur Taschenbuchausgabe ihres erstmals 1980 erschienenen Buchs *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut* verleiht Elisabeth Noelle-Neumann dem »Zusammenhalt« begriffliche Prägnanz, indem sie ihn in eine Frontstellung zu individueller Freiheit rückt. Es sei die »Isolationsfurcht« der Einzelnen, »die den Zusammenhalt menschlicher Gesellschaften sichert«, weil sie zu einer permanenten Not und Bereitschaft zur Anpassung führe (Noelle-Neumann 1982 [1980], S. IX). Die unterstellte Einhelligkeit einer massenmedial und im Alltag wirksamen öffentlichen Meinung zwinge den Einzelnen Konformität auf, mit der Folge einer »ständige[n] Zerreißprobe zwischen Individuum und der Gemeinschaft, die auf Zusammenhalt besteht« (ebd., S. V). Diesen Zusammenhang zwischen einer »öffentlichen Meinung«, und zwar in einem sozialpsychologischen, nicht einem kritisch-normativen Verständnis gebraucht, einerseits und individueller Isolationsvermeidung durch gesellschaftskonformes Verhalten andererseits beansprucht Noelle-Neumann, auch »mit den Methoden von Repräsentativumfrage und repräsentativ gestreuten Beobachtungen« aufweisen zu können (ebd., S. 255). Umfragen helfen dabei, über die Wirkweisen eines gesellschaftlichen Zwangsmechanismus aufzuklären. Ihre Ergebnisse liefern Belegmaterial für eine Apologie von »Mitläufertum« (ebd., S. X) und regen zu weiteren sozialpsychologischen Mutmaßungen über die realitätsverdrängende, entlastende Funktion einer »kritisch« verstandenen öffentlichen Meinung an: »Müssen wir uns eine Fiktion von kritisch urteilender ›öffentlicher Meinung‹ zurechtlegen, weil die wirklichen Kräfte, die eine menschliche Gesellschaft zusammenhalten können, sich mit unserem Ich-Ideal nicht vertrügen?« (Ebd., S. 143)

Dieses düstere, aus ihrer Sicht hingegen realistische Bild von Zusammenhalt, das Noelle-Neumann zeichnet, würde sich im aktuell dominierenden Zusammenhaltsdiskurs wohl niemand zu eigen machen. Vielmehr lässt sich sogar beobachten, dass positiv konnotierte Leitbegriffe wie »Engagement« und »Vertrauen« sowie grundlegende Vorstellungen wie »Mitgliedschaft«, »Nähe« und »Partnerschaft«, die diesen Diskurs bestimmen, auch die Selbstdarstellung oder besser: Selbstvermarktung eines Umfrageinstituts dominieren können. Das Beispiel des Instituts YouGov, das für die Hilfsorganisation Malteser seit dem Jahr 2021 regelmäßig einen umfragebasierten Monitor zum ehrenamtlichen Engagement durchführt, belegt eindrücklich: Hegemoniale gesellschaftliche Semantiken zirkulieren allerorten und lassen auch die Instanzen ihrer empirischen Beobachtung nicht unberührt (Malteser 2021). »Das Engagement der Panel-Mitglieder steht bei YouGov im Zentrum der Panel-Strategie«, verkündete Frieder Schmid, Senior Research Partner bei YouGov Deutschland, im März 2024 auf dem Portal markforschung.de. Das international tätige, im Jahr 2000 in England gegründete Unternehmen führt weltweit Onlineumfragen auf der Basis von Stichproben aus einem eigenen Panel durch. Diesem »Herzstück von YouGov« gehörten im Frühjahr 2024 nach eigenen Angaben 26 Millionen Panellist*innen an.

Um das Vertrauen zwischen dem Unternehmen und diesen grundsätzlich umfragebereiten bzw. antwortwilligen Personen zu vergrößern, habe man sich im Nachgang zu einer eigens durchgeführten internen Befragung entschieden, die »Panellisten« fortan wunschgemäß »Panel-Mitglieder« zu nennen, so führt Schmid weiter aus. Ferner lege man Wert darauf, »alle Interaktionen [...] mit Panel-Mitgliedern [...] so einfach, klar und sicher wie möglich [zu gestalten]«. »Wir möchten also« – in dieser beinahe verstörenden Absichtserklärung, eine denkbar große Nähe zu den jeweiligen Panellist*innen herzustellen, kulminieren Schmids Äußerungen über Engagement und Vertrauen – »ein guter Beziehungspartner für jene Menschen sein, die sich entscheiden, ihre Lebenswelt mit uns zu teilen.«

So ganz kann allerdings auch dieser Beitrag nicht verhehlen: Engagement, Vertrauen, Nähe sind nicht die einzigen Beziehungsressourcen, auf die sich YouGov verlassen will. Vor allem an bereits gewonnene und mögliche Auftraggeber*innen – an die so wertgeschätzten Mitglieder allenfalls als kaum verhohlene Drohung – dürfte sich daher diese Aussage richten: »Wir lernen unsere Panel-Mitglieder mit jeder Interaktion besser kennen und setzen dabei innovative analytische Methoden ein.« Auf diese Weise sei es auch möglich, »Panel-Mitglieder zu identifizieren, die eine Befragung nicht aufmerksam beantworten«, eine demonstrativ auf Seriosität bedachte Information, die YouGovs Geschäftspartner*innen beruhigen dürfte; und die YouGovs Panellist*innen veranlassen sollte, über ihr Ich-Ideal nachzudenken (alle Zitate aus Schmid 2024).

Ein drittes Beispiel: Die seit 2008 für gewöhnlich jährlich durchgeführte *Konstanzer Bürgerbefragung* stand im Jahr 2021 unter der Überschrift *Vielfalt und Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft* (Spanner/Hinz et al. 2022). Abgesehen von abermals angeschriebenen Panelangehörigen wurden für diese Onlinebefragung im Zuge einer »Zufallsstichprobe aus dem Melderegister der Stadt« ausgewählte Teilnehmer*innen neu rekrutiert (ebd., S. 4). Ihnen stand der Fragebogen zum allerersten Mal in fünf Sprachversionen zur Verfügung (vgl. ebd.). Die Befragung als solche – also einmal ganz abgesehen von der weiteren politischen und verwaltungstechnischen Würdigung ihrer Resultate für die Stadtentwicklung oder dergleichen – fungierte in mindestens zweifacher Weise als Faktor für gelingenden ›Zusammenhalt in Vielfalt‹. Allein ihre Durchführung selbst lässt sich als Signal an die Stadtgesellschaft begreifen, dass sich gleich zwei wichtige Konstanzer Institutionen, Verwaltung und Universität, zusammentun und sich gemeinsam der städtischen Vielfalt und des gesellschaftlichen Zusammenhalts vor Ort annehmen. Zudem zeigten die Stadtverantwortlichen und Forscher*innen: Wir interessieren uns nicht nur für die Einstellungen der befragten Bürger*innen zu Fürsorge, Vertrauen, Verbundenheit und Vielfalt, nein, wir respektieren dabei auch die Sprachenvielfalt der Stadtgesellschaft. Dass die Publikation, in der die Befragungsergebnisse in anschaulichen Diagrammen und Karten aufbereitet und darüber hinaus erläutert werden, in ihrem kurzen Resümee am Ende nicht noch einmal näher auf die Kategorien von »Vielfalt« und »Zusammenhalt« zu sprechen kommt, mag genau darin begründet liegen: Die Demonstration von Interesse, von Respekt und von Zahlen, die gewissermaßen zur Bildung einer temporären kommunalen ›Reflexionsgemeinschaft über Vielfalt und Zusammenhalt‹ ermuntern, war bezogen auf die Bürger*innen der maßgebliche performative Sinn des Unterfangens.

Ein aktivistisches Verhältnis zum gesellschaftlichen Zusammenhalt unterhält – um zum letzten Beispiel zu kommen – die gemeinnützige Organisation More in Common. In ihrem Selbstverständnis hält sie fest, »sich als Organisation vollständig dem Thema gesellschaftlicher Zusammenhalt verschrieben« zu haben, um dann fortzufahren: »Unser Ziel ist eine in ihrem Kern gestärkte Gesellschaft, die in der Lage ist, geeint und widerstandsfähig auf gesellschaftliche Veränderungen zu reagieren.« (Krause/Gagné 2023, S. 1) More in Common macht also keinen Hehl daraus, dass ihre »Forschung« zum Zusammenhalt ein praktisches Ziel verfolgt (ebd., S. 5). Ihre Online-Panel-Befragungen und Fokusgruppengespräche interessieren sich für »das Befinden der Menschen im Land«, jüngst etwa in Reaktion auf die extremen Preissteigerungen der vergangenen Jahre (ebd., hier auch Hinweise zum Vorgehen, etwa zum Stichprobenverfahren). More in Common legt ihren Beobachtungen und Beschreibungen ein Schema von »sechs gesellschaftlichen Typen« und den »Kernbefund« einer dreigeteilten Gesellschaft zugrunde (ebd., S. 5 f.). Die Typologie dient der Organisation dabei als »›Linse‹« bzw. »Prisma«, eine optische Metaphorik, die sich in der ›panoptischen‹ Diagnose fortsetzt, dass zwei der sechs Typen, »die Pragmatischen« und »die Enttäuschten«, zum »unsichtbare[n] Drittel« der Gesellschaft vereint »›unter dem Radar‹ der öffentlichen Aufmerksamkeit fliegen« – was sich selbstverständlich ändern sollte (ebd., S. 5, S. 26 und S. 7; vgl. Dormal 20021, S. 11).

Dass Deutschland im Jahr 2023 von den Befragten »primär als gespalten wahrgenommen« wurde, zeigt sich laut der »Preiskrise-Studie« daran, dass 54 Prozent von ihnen ebendiese Eigenschaft aus einer vorgegebenen Liste zur Charakterisierung der »deutsche[n] Gesellschaft, wie sie heute ist«, ausgewählt haben. Die insgesamt 22 Adjektive umfassende Liste, von denen die Befragten »bis zu vier« angeben konnten – es war zudem möglich, die Rubrik »Keine der Genannten« zu wählen –, enthielt beispielsweise »bürokratisch«, »unfähig« und »unsolidarisch«, aber auch »demokratisch«, »gerecht« und »weltoffen« (ebd., S. 12). »Gespalten« belegt im Ergebnis die erste Position, gefolgt von »bürokratisch« mit 52 Prozent. Ein weiteres zentrales Studienergebnis ist das Aufzeigen eines Missverhältnisses von Selbst- und Fremdwahrnehmung, wenn es um die Frage des Zusammenhalts geht. 62 Prozent der Befragten bekunden, »sich ›regelmäßig Gedanken über den Zusammenhalt‹ [zu] machen«, aber nur dreißig Prozent von ihnen gehen davon aus, dass dies »[d]ie meisten Menschen in Deutschland« täten (ebd., S. 31 f.).

Die Einzelnen und ihr Zusammenhalt

More in Common adressiert die Befunde und Forderungen ihrer »Preiskrise-Studie« vornehmlich an Entscheidungsträger*innen und Multiplikator*innen aus Politik, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (vgl. ebd., S. 40–43). Zum Ausklang wenden sich die beiden Verfasser*innen Laura-Kristine Krause und Jérémie Gagné aber direkt an »uns«, denn »[a]uch wir sollten uns auf ein Gespräch darüber einlassen, was wir als Einzelne für diese Gesellschaft – und damit unsere Mitmenschen – tun können« (ebd., S. 43).

Nun dienen Umfragen als Wissenspraxis nicht dazu, Befragte zu Grübeleien anzuregen. Zu persönlich und existenziell, als hätten sie tatsächlich etwas mit ›mir‹ und meinem Selbstverständnis zu tun, dürfen ihre Fragebögen nicht genommen werden. Wer sich für die Items hinlänglich Zeit nähme, sie wirklich zu durchdenken, wer mit sich selbst dabei haderte und Nachfragebedarf sähe, würde offenbaren, mit der Praxis standardisierter Befragungen nicht ausreichend vertraut zu sein. Für den Fall würde es ›mir‹ an praktischem Wissen mangeln. Dies lässt sich auch nüchterner formulieren und als Einwand gegen das ganze Unterfangen wenden: »Die Erhebung der Meinungen gibt sich als eine Art Messung dessen, was durchschnittlich gedacht wird, auch wenn offenbleibt, ob überhaupt gedacht wurde. […] Die Umfrage liebt den zweiten Gedanken, die Einschränkung, die Differenzierung zumeist nicht.« (Kaube/Kieserling 2022, S. 208)

Aus ihrem Kontext gerückt und mit der Absicht verbunden, sie als Anlässe für aufrichtiges Selbstbefragen zuzulassen, klingen Items aus Umfragen zur Messung von Vielfalt, Spaltung und Zusammenhalt in etwa so: Haben Sie sich schon einmal ehrlich gefragt, ob Sie es als »ekelhaft« empfinden, wenn »Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen«; intensiv darüber nachgedacht, ob Sie die meisten Hartz-IV- bzw. Bürgergeld-Empfänger*innen für »arbeitsscheu« halten; oder im Zuge einer längeren Selbstprüfung festgestellt, »[e]in gutes Zusammenleben in einer Gesellschaft bedeutet« für Sie neben anderem auch, »dass Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen miteinander leben« (Arant/Dragolov et al. 2019, S. 33 und S. 39 f.; infas 2023, S. 3)?

Offenkundig zielen die beiden ersten Fragen in ihrem epistemischen Gebrauchskontext darauf ab, Ressentiments aufzudecken. Sie machen sich dazu eine in der Geschichte der Fragebogenkomposition, etwa zur »Unterscheidung zwischen voreingenommenen und unvoreingenommenen Personen«, geläufige Strategie zunutze, Einstellungen zu »Aussagen« zu messen, die bei Vorlage weder »so ›krass‹ waren, daß nur sehr wenige Personen zustimmen würden«, noch »der Wahrheit so nahe kamen, daß fast jedermann zustimmen konnte« (Adorno 1973 [1950], S. 62). In kritischer Distanz zur Tätigkeit, einen Fragebogen auszufüllen, wäre eine mögliche Reaktion, die den Fokus vom ›Gefragten‹ aufs ›Fragen‹ verschöbe, beinahe empört anzumerken: »Ich halte die Wortwahl für inakzeptabel und für ungeeignet, meine Überzeugungen und Haltungen aufrichtig zu prüfen. Die Formulierungen sind ihrerseits ressentimentgeladen, schlimmer noch: Sie bergen die Gefahr, es für opportun zu erachten, sie auch jenseits der ›künstlichen‹ Umfragesituation zu verwenden.«

Anders verhält es sich mit der dritten Frage, die in dem Sinne ›gut gemeint‹ ist, als sie unverkennbar einen gewissen Respekt für kulturelle Differenz für sich beanspruchen möchte. Doch schiebt sich einmal mehr der Modus des Fragens in den Vordergrund, was es beinahe unmöglich macht, sich arglos auf das Gefragte einzulassen. Der Begriff »Kulturkreis« ruft unwillkürlich die Vorstellung über die Welt verteilter, in sich geschlossener und hierarchisch angeordneter Kultureinheiten auf, die einzelne Individuen festlegen und ein Entrinnen nicht zulassen (vgl. Sarasin 2016). Daher müsste man die Frage wohl verneinen, selbst wenn man für kulturelle Vielfalt eintreten mag. Die Konzeption von »Kultur« als einem geschlossenen ›Container‹ oder ›Kreis‹ abzulehnen, würde es in diesem Fall mit sich bringen, der ›guten Absicht‹ nicht zu entsprechen.

Krause und Gagné von More in Common wollen ihre Leser*innen aber natürlich weder zu einem emphatisch persönlichen noch zu einem daraus womöglich resultierenden übermäßig distanzierten Verhältnis zu Umfragen anregen. Sie rufen zu einem gemeinsamen »Gespräch« über den Beitrag der Einzelnen zum Zusammenhalt auf. Diese Einzelnen, die freilich dem Marx'schen Diktum zufolge »nur in der Gesellschaft sich vereinzeln« können, mögen im typologisierenden Prisma nicht gleich ins Blickfeld treten – anders übrigens als in den Forschungen von Steffen Mau und seinem Team, deren Daten zufolge »viele Menschen sehr individuelle, man könnte sagen idiosynkratische Einstellungsmuster auf[weisen]« (Marx 1961 [1857], S. 616; Mau/Lux et al. 2023, S. 380). »Am Ende« aber, so formulieren es Verena Carl und Kai Unzicker in einem von der Bertelsmann Stiftung geförderten Buch, das den abstrakten Umfragezahlen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt alltagsweltliche, erzählerische Anschaulichkeit geben will, »[a]m Ende sind es oft Einzelne, die von Dorf zu Dorf oder Stadt zu Stadt für den entscheidenden Unterschied sorgen, für Optimismus statt Resignation, für Lösungsorientierung statt Verdrossenheit« (Carl/Unzicker 2023, S. 176).

Die seit gut einem Jahrzehnt wirksame »politische Vernunft« des Zusammenhalts, seine »Räson« im Sinne einer »politischen Technologie der Individuen«, leitet sich vielfach aus Zahlen her, sie zielt aber auf etwas anderes (vgl. zur Terminologie Foucault 1993 [1988], S. 171 f. und *passim*). Sie will, wenn möglich, ja nicht nur einige wenige exemplarische Einzelne hervorheben und in ihrem Tun bestärken, sondern alle Einzelnen, und sei's zu Typen vereint, auf dem ›Radar‹ haben; sie will sie ›mitnehmen‹, ›platzieren‹, ›aktivieren‹, alles zum Wohle des gesellschaftlichen Ganzen, das diese Zusammenhaltsräson vorzugsweise in eine Sprache gemeinschaftlicher Nähe kleidet. In Anbetracht dessen lohnt es sich, ein letztes Mal in optischer Metaphorik zu schwelgen und an einen maßgeblichen Unterschied von Gemeinschaft und Gesellschaft zu erinnern: »Zum Grundcharakter des Gesellschaftsethos gehört […] die Sehnsucht nach den Masken, hinter denen die Unmittelbarkeit verschwindet.« (Plessner 2001 [1924], S. 41)

Für ihre Anmerkungen und Hinweise danke ich Isabell Otto, Anna Pollmann und Alexander Schmitz. Ferner danke ich Karyna Frankovska und den studentischen Hilfskräften des Zentrums für kulturwissenschaftliche Forschung (ZKF) der Universität Konstanz für ihre Unterstützung.